

Forderungen:

- + **Ermöglichung der geregelten Insolvenz einer Kommune**
- + **Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden in Niedersachsen.**
- + **Erhalt der Leistungsfähigkeit und des Gemeinwohles.**
- + **Insolvenz heißt nicht zwingend Veräußerung des "Tafelsilbers".**
- + **Ausgeglichene Haushalte durch Verhinderung neuer Schulden.**
- + **Raus aus dem Schuldenstaat: schwierige Zeiten erfordern schwerwiegende Entscheidungen.**

Kommunale Insolvenz

Die Lösung kann unseres Erachtens nach nur durch einen konsequenten Schnitt auf der Gläubigerseite geschehen. Es ist in Verhandlungen über die Abfindung der Gläubiger einzusteigen. Dieses könnte z.B. in einem 5% Sofortabschlag auf die ausstehende Summe und anschließend 10 oder 20 Jahre eine zinsfreie 0,5% Tilgung auf die Schuldverschreibungen. Dies würde im ersten Jahr eine Belastung von ca. 17% des Haushaltes und in den folgenden Jahren eine Belastung von unter 2% bedeuten. Diese so gewonnenen finanziellen Mittel könnten und müssten zu einem sofortigen Ausgleich des Haushaltes führen. Eine weitere Schuldenaufnahme ist aus naheliegenden Gründen gar nicht möglich und müsste durch die NGO und die Kommunalaufsicht des Landes Niedersachsen auch unterbunden werden.

Welche Auswirkungen auf die Wirtschaft sind zu erwarten?

Durch die wiedergewonnene Handlungsfähigkeit der Kommunen würden gerade das Handwerk und der Mittelstand in Region profitieren. Durch einen sanierten Haushalt könnten viele bisher aufgeschobene Investitionen durchgeführt werden. Natürlich wären die Banken und Anleger nicht einverstanden, aber gehört denn nicht das Risiko des Ausfalles einer Anleihe zum Geschäft nun mal dazu? Sichere Geldanlagen gibt es nicht, die Zinsen sind ja auch immer der Ausgleich für das Risiko.



Die kommunale
Insolvenz

Ein Weg
aus dem
Schulden-staat?



**KLARMACHEN
ZUM ÄNDERN!**

Ein Weg aus dem Schuldenstaat - Kommunale Insolvenz

Fakten

Laut dem Bund der Steuerzahler betrug die Schuldenlast der niedersächsischen Kommunen Ende 2006 über 18 Mrd. Euro. Dem gegenüber stehen Steuereinnahmen von 5,58 Mrd. Euro im Jahr 2006. Das bedeutet zum einen, dass wir fast viermal so viele Schulden wie Einnahmen haben. Zum anderen müssen bei einer angenommenen Verzinsung dieser Schulden mit 3,5% nominal pro Jahr 810 Mio. Euro alleine an Schuldendienst aufgebracht werden, das entspricht ca. 15% der Einnahmen. Wenn die Zinsen auf 5,5% steigen, sind schon über 21% des Haushaltes alleine für die Zinsen und eine 1%-Tilgung aufzubringen. Und, das sind Zahlen von 2006! Da die meisten Kredite über 10 Jahre als Kommunalobligationen ausgegeben worden sind, müsste eigentlich mit einer 9,91%-Tilgung gerechnet werden, was den Anteil am Haushalt auf 41-44% steigen liesse.

Dazu kommen die sogenannten Kassenkredite, die zur Zwischenfinanzierung der laufenden Ausgaben dienen und nicht im Haushalt aufgeführt werden. Diese dürfen laut NGO nur ca. 18% der Einnahmen betragen, liegen aber tatsächlich wesentlich höher. Hier ist mit höheren Zinsen zu rechnen und viele Kommunen scheinen inzwischen nur noch von diesen Kassenkrediten zu leben.

Diese Kredite kommen also noch zu der eigentlichen Verschuldung hinzu.

Bei wem haben die Kommunen die Schulden?

Die größten Gläubiger des Staates sind natürlich die nationalen und internationalen Banken. Diese bauen die Schuldverschreibungen in ihre Finanzprodukte ein und verdienen einmal durch den Ausgabeaufschlag von bis zu 5% und dem Zinsdifferential. Letztendlich bezahlen wir also mindestens jeden fünften Euro, den wir an Steuern zahlen, direkt an die Großbanken und die Anleger.

Wege aus der Falle

Normalerweise hat ein Staat mehrere Optionen, aus der Schuldenfalle zu entkommen:

- Durchführung einer Währungsreform bei gleichzeitiger starker Abwertung der Schulden. Das funktioniert aber nur dann, wenn zumindest ein Rest an Vertrauen in die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft gegeben ist.

- Akzeptanz einer starken Inflation, die automatisch die Schulden "auffrisst". Das ist der südeuropäische Weg, den Italien, Griechenland und Spanien jahrzehntelang gegangen sind.

Diese Wege sind den nationalen Regierungen durch die Einführung des Euro genommen und waren aufgrund der Unabhängigkeit der Bundesbank auch vorher für Deutschland keine Option. Eine Kommune in Niedersachsen hat diese Optionen so oder so nicht.

Standpunkt der Piratenpartei Niedersachsen

Es ist abzusehen, dass die meisten niedersächsischen Kommunen ihre Schulden aus eigener Kraft nicht mehr werden abbauen können. Hinzu kommt, dass durch den Gesetzgeber in den letzten Jahren immer mehr Belastungen auf die Kommunen abgewälzt worden sind, Steuereinnahmen durch die Landesregierung den Kommunen entzogen wurden und auch der Bund und das Land nicht in der Lage sind, hier mittelfristige Abhilfe zu schaffen.

Fakt ist zum einen, dass aufgrund der nicht vorhandenen Steuergerechtigkeit Einnahmen in erheblichem Umfang nicht realisiert werden können, und auch diese Einnahmen nicht zur Entschuldung führen würden. Zum anderen muss eine Kommune auch gewissen Verpflichtungen nachkommen, weil das ja der eigentliche "Deal" ist. Der Bürger zahlt Steuern und der Staat bietet im Gegenzug Infrastruktur und Dienstleistungen an.

Im Prinzip wird den Steuern die Rechtfertigung entzogen, wenn z.B. keine Schulen mehr angeboten werden können, weil kein Geld mehr zur Verfügung steht. Es muss also darum gehen, die Handlungsfähigkeit der Kommunen wieder herzustellen.

**Freiheit • Datenschutz
Bürgerrechte • Bildung**

www.piratenpartei-niedersachsen.de

